



Kinderbetreuung verlässlich möglich machen – das muss in Hessen passieren

Kommunen können Kitas – Vertrauen statt Vorgaben ins Gesetz!

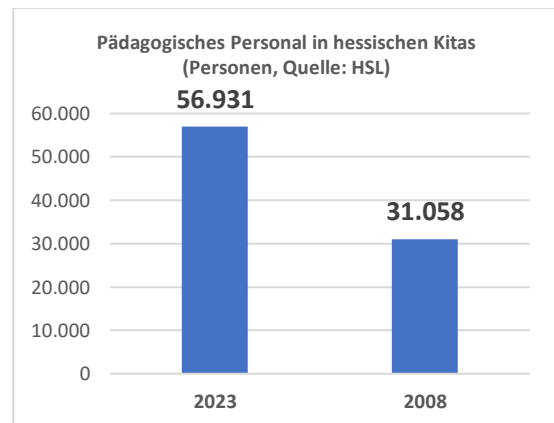
Kita-Plätze und Fachpersonal sind knapp. Vielerorts können nicht alle Kinder einen Betreuungsplatz bekommen, die einen wollen. Und immer wieder kommt es zu Gruppenschließungen, weil der hohe gesetzliche Mindestpersonalstandard nicht eingehalten werden kann. Andernorts können neue Gruppen erst gar nicht eröffnet werden.

Das muss aber nicht so bleiben. Mit mehr Realismus im Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch und der Verankerung der Ganztagsbetreuung im Schulkindalter in den Schulen lässt sich das ändern.

Gute Arbeit in den Kitas und die Leistungen der Träger nicht schlecht reden

Nie gab es in Hessen so viel pädagogisches Personal in Kitas. Über 56.000 Menschen arbeiten in Hessens Kitas, machen täglich Bildung, Betreuung und Erziehung möglich und unterstützen so ganz konkret und unentbehrlich Kinder und Eltern. Trotz deutlich verbesserter Personalschlüssel heißt es etwa aus Bundes- und Landespolitik immer wieder, die Qualität in Kitas sei nicht gut. Mehr ist denk- aber nicht machbar, aber: Das sehr gut qualifizierte Personal leistet sehr viel. Die Träger haben die Arbeitsbedingungen, vor allem auch die Entlohnung deutlich verbessert.

Die Forderung: Die Arbeit der Kitas darf nicht dauernd schlechtgeredet werden. Mitarbeitende und Träger verdienen Vertrauen!



Praxistaugliche Personalstandards regeln

Immer wieder hat das Land Hessen die Personalmindeststandards für Kitas erhöht. Zuletzt 2020 wurde zwingend mehr Personal für Leitungsaufgaben und höhere Reserven für Krankheit und Urlaub vorgegeben. Der Haken: Das nötige Personal gab und gibt es nicht. Die Folge: Kita-Plätze sind in Hessen knapper als es sein müsste.

Daher die Forderung: Die gesetzlichen Mindeststandards müssen runter, damit verlässliche Kinderbetreuung für möglichst alle Kinder möglich wird. Das Gesetz sollte festschreiben, dass mindestens die Hälfte des Kita-Personals aus Fachkräften und die übrige Belegschaft aus zuverlässigen und fortgebildeten Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern bestehen darf. Das muss dauerhaft möglich sein. Andere Bundesländer sind hier viel weiter. Zeit auch für Hessen, ins Handeln zu kommen.

Herausgeber:



HSGB
HESSISCHER STÄDTE-
UND GEMEINDEBUND

Hessischer Städte- und Gemeindebund e.V.

Harald Semler · Johannes Heger · Dr. David Rauber

Henri-Dunant-Straße 13
63165 Mühlheim am Main
Telefon 06108 6001-0

hsgeb@hsgeb.de · www.hsgeb.de



HSGB
HESSISCHER STÄDTE-
UND GEMEINDEBUND



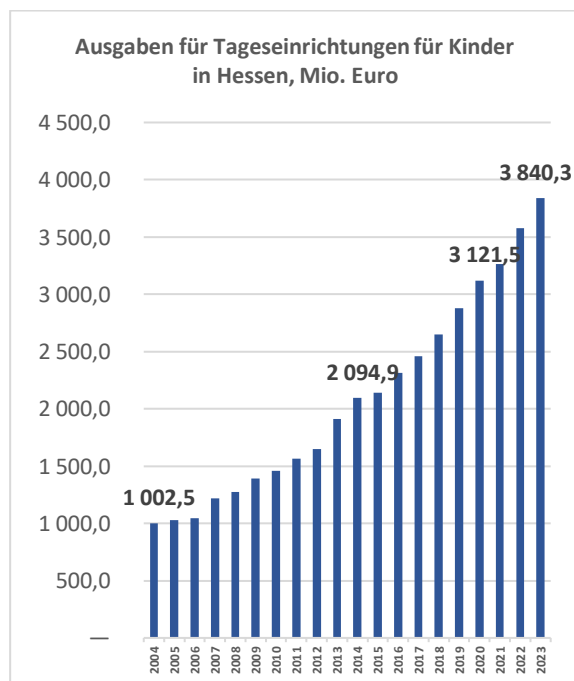
Schulkindbetreuung gehört in die Schule

Per Bundesgesetz wurde zum 1. August 2026 ein Rechtsanspruch auf Schulkindbetreuung eingeführt. Die Länder können regeln, dass schulische Angebote diesen Anspruch aus dem Jugendhilferecht erfüllen.

Die Forderung: So eine Regelung muss das Land Hessen endlich umfassend treffen. Dabei muss es auch möglich sein, dass in Schulen Betreuungsangebote z.B. von Elterninitiativen und Gemeinden geschaffen und weiter betrieben werden können. Da können die personellen Anforderungen dann auch niedriger sein als in Kitas, denn zum einen sind die Kinder älter und weiter entwickelt, zum anderen ist die Vermittlung von Bildungsinhalten im Schwerpunkt Sache des Unterrichts.

Bessere Finanzierung

Kinderbetreuung kostet vor allem die Kommunen viel Geld. Die Ausgaben für Kitas wachsen schnell.



Die Forderungen:

1. Das Land muss die Kommunen bei dieser Aufgabe besser unterstützen, neben den Pauschalzahlungen für den Betrieb auch bei den Schlüsselzuweisungen im Kommunalen Finanzausgleich.
2. Es muss auf Dauer eine einfache Investitionsförderung geben, die Kommunen und Träger wirksam entlastet.
3. Die Landeszuschüsse für die Freistellung der Eltern von Kita-Gebühren für Kinder über drei muss deutlich erhöht werden.
4. Und natürlich: Höhere Standards oder Ausweitungen von Rechtsansprüchen gibt es nur gegen kompletten Mehrbelastungsausgleich (Konnexität) durch das Land.

Vertrauen in Träger und Personal

Betreiber von Kitas beschäftigen qualifizierte und engagierte Mitarbeitende. Betreiber von Kitas stehen im Wettbewerb mit anderen um Personal und um die Gunst der Eltern. Sie haben in aller Regel einen guten Ruf zu verlieren. Statt auf Vertrauen setzt Hessen bisher auf starre Vorgaben. So verlieren die Träger viele Spielräume, ein gutes Arbeitsumfeld zu gewährleisten.

Schrägstes Beispiel: Seit der letzten Erhöhung der Personalstandards in Kitas sollen Kita-Leitungen vom Gruppendienst in der Betreuung freigestellt werden. Darüber klagen viele Betroffene in kommunalen Kitas, weil sie in diesen Beruf gegangen sind, um mit Kindern zu arbeiten. Kinderfreundliches Personal per Gesetz von Kindern fernzuhalten ist keine gute Idee.

Die Forderung deshalb: Kita-Trägern darf man vertrauen. Weniger starre Vorgaben bis in die letzten Details von Personalausstattung und Personaleinsatz sind dringend geboten. Die Träger müssen die Freiheit bekommen, ihren Laden so zu organisieren, wie es zu Personal und Sozialraum passt. Auch hier muss das Land endlich tätig werden, etwa indem es starre Vorgaben wie Leitungsfreistellung streicht.



Freiräume für Vielfalt lassen

Von der Naturkita im Bauwagen bis zum klassischen Kindergarten: Die gesetzlichen Vorgaben müssen Platz für ganz unterschiedliche Konzepte und Ansätze lassen. Diese große Vielfalt verbietet schon enge gesetzliche Vorgaben.

Die Forderung: Rückbau von Vorgaben ist angesagt und möglich! Das Land ist in der Verantwortung, bessere und einfachere Gesetzgebung sowie einfachere Verfahren, etwa zur Zulassung ausländischer Fachkräfte zu regeln.

Bürokratische Verfahren ändern

Der Quereinstieg in Kitas ist in Hessen ein Hindernislauf. So müssen Kita-Träger anders als andere Arbeitgeber gegenüber einer anderen Behörde begründen, warum eine Kraft zur Einrichtung passt. Das prüft dann das örtliche Jugendamt. Daneben muss das Sozialministerium in Wiesbaden noch die fachliche Eignung feststellen.

Auch bei Bau und Ausstattung von Kitas reden viele Behörden mit und stellen häufig detaillierte Anforderungen, obwohl die gesetzlichen Grundlagen viel Spielräume lassen.

Die Forderungen:

1. Eignung ist das zentrale Kriterium – die muss da sein. Welche geeigneten und unbescholtenen Leute die Träger beschäftigen und ob das in ihr Konzept passt, müssen die Kita-Träger endlich allein beurteilen dürfen. Denn: Wie soll das Jugendamt das besser wissen?
2. Das Land muss für Träger und Jugendämter eine Positivliste erstellen: Welche wie ausgebildeten Kräfte wurden schon als geeignet anerkannt?

Passierschein A38	
Für sonstige i.S.v. § 25b Abs. 2 des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuchs – HKJGB, vom 18.12.2006 GVBl. I S. 698, zuletzt geändert durch Gesetz vom 10.7.2024 GVBl. Nr. 31 – zur Mitarbeit in einer Kindergruppe im Lande Hessen in Betracht kommende und bereite Personen	
An das nach den Bestimmungen des o.g. Gesetzes in der jeweils gültigen Fassung zuständige Ministerium	Unbedingt freihalten für Sicht- und Bearbeitungsvermerke!
Durchschriftlich an: Landkreis <u>Starkfeld</u> Der Kreisausschuss - Jugendamt -	
Angaben zur antragstellenden Person	
Name	
Vorname	

3. Auch bei Bau und Ausstattung von Kitas muss es Sache des Trägers sein, wie er im Rahmen des Baurechts für einen angemessen ausgestatteten und sichern Kindergarten sorgt. Dafür gibt es beispielsweise Hinweise der Unfallkassen. Auch dafür müssen Jugendämter nicht noch zusätzliche Anforderungen formulieren.

Keine Exklusion durch Inklusion

Derzeit führt die Aufnahme von Kindern mit besonderem Förderbedarf in Kitas zwingend zum Wegfall von Betreuungsplätzen in der Kita-Gruppe.

Die Forderungen:

1. Die bisher praktizierte zwingende Platzreduzierung im Zusammenhang mit Inklusionsmaßnahmen bewirkt Exklusion und muss wegfallen.
2. Besondere Förderung von Kindern mit Behinderung ist nicht immer in allen Kitas möglich. Ob eine Förderung in einer allgemeinen oder einer auf besondere Bedürfnisse zugeschnittenen Einrichtung passt, muss mit Blick auf das Kindeswohl realistisch abgeschätzt werden.



HSGB
HESSISCHER STÄDTE-
UND GEMEINDEBUND

Der Hessische Städte- und Gemeindebund e.V. (HSGB) – Starker Partner der Kommunen

ist der mitgliederstärkste kommunale Spitzenverband der kreisangehörigen Kommunen in Hessen. Er bündelt gemeinsame Anliegen und Belange seiner Mitgliedsstädte und -gemeinden und vertritt sie gegenüber dem Hessischen Landtag, der Hessischen Landesregierung sowie gegenüber anderen Körperschaften und Organisationen. Darüber hinaus leistet der HSGB Rechtsberatung und Prozessvertretung für seine Mitglieder. Von den 417 kreisangehörigen Städten und Gemeinden gehören 400 dem Hessischen Städte- und Gemeindebund 399 Kommunen als Mitglieder an. Hinzu kommen über 100 kommunale Körperschaften des öffentlichen Rechts (z.B. Zweckverbände) als außerordentliche Mitglieder.

Hinter dem Verband steht eine starke ehrenamtliche Struktur. Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedskommunen arbeiten in Präsidium, Hauptausschuss und den Fachausschüssen mit. Jede Mitgliedskommune entsendet einen Vertreter in die Mitgliederversammlung, das höchste Organ des Hessischen Städte- und Gemeindebundes. Die Mitgliederversammlung wählt das Präsidium (10 Mitglieder) sowie den Hauptausschuss (30 Mitglieder). Das Präsidium besteht aus dem Präsidenten, dem Ersten Vizepräsidenten, dem Vizepräsidenten sowie sieben Beisitzern und dem Sprecher der Geschäftsführung oder einem Stellvertreter. Der Hauptausschuss beschließt wichtige Stellungnahmen des HSGB zu Gesetzen, Verordnungen und Erlassen. Die sechs Fachausschüsse des Verbandes erarbeiten verbandspolitische Initiativen und nehmen Stellung zu Gesetzentwürfen, Verordnungen und Erlassen der Landesregierung sowie zu Gesetzentwürfen der Landtagsfraktionen, um die Entscheidungen der Organe vorzubereiten.